

CLAUS-DIETER KÖNIG

MALI: VOM «HOFFNUNGSTRÄGER» ZUM «KRISENSTAAT»

**AUF DER SUCHE NACH LÖSUNGEN JENSEITS
VON MILITÄRISCHEM INTERVENTIONISMUS**

Neben den nationalen Hintergründen für die Krise in Mali sind es vor allem internationale Faktoren, die den Ausbruch des Konflikts in seiner gesamten Tragweite verursacht haben. Die Bevölkerung Malis ist Spielball von Interessen, die nichts mit ihr zu tun haben. Daran wird sich nichts ändern, solange es zu keiner starken, von der Bevölkerung getragenen Bewegung kommt, die um die Wiedererlangung der politischen und ökonomischen Souveränität des Landes und eine andere Entwicklungsperspektive kämpft.

Viele der Umstände, die dazu geführt haben, dass sich Mali binnen weniger Wochen von einem «Hoffnungsträger» in einen «Krisenstaat» oder sogar einen «gescheiterten Staat» verwandelt hat, existieren auch in anderen Ländern Afrikas und der Welt, insbesondere in den Ländern, in denen ähnliche Konflikte bereits latent vorhanden sind. Eine Analyse der Umstände und Ursachen der Krise in Mali hat deshalb exemplarischen Charakter und öffnet den Blick auf andere Möglichkeiten der internationalen Krisenintervention jenseits von militärischem Eingreifen.

WIRTSCHAFT UND STAAT IN MALI

Die Art und Weise, in der Mali oder besser: malische Ressourcen weltwirtschaftlich in Wert gesetzt werden, ist eine der zentralen Krisenursachen. Es handelt sich um eine predatorische Form der Inwertsetzung. Wo die Natur Nützliches für die kapitalistische Verwertung hinterlassen hat, dort werden diese Rohstoffe ausgebuddelt – ohne dass es weitere Verarbeitungsstufen und Wertschöpfung im Lande gibt. Mali ist nach der Republik Südafrika und Ghana der drittgrößte Goldexporteur Afrikas. Im Jahr 2012 wurden 50,3 Tonnen Gold gefördert. Baumwolle ist das wichtigste landwirtschaftliche Exportprodukt. Früher gab es eine weiterverarbeitende Textilindustrie im Baumwollgebiet. Heute wird die malische Baumwolle unter Wert verkauft, weil die subventionierte Baumwolle aus den USA den Weltmarktpreis drückt. Dieser lag 1995 noch bei einem US-Dollar für das Pfund, nahm auf bis zu 50 Cent ab. Auf diesem Niveau verblieb er bis 2009. Nach einer kurzen Hausse im Jahr 2011 liegt er jetzt bei 83 Cent. Die Bevölkerung, die in den fruchtbaren und bewässerten Gebieten unter der Hoheit des Office du Niger Landwirtschaft betreibt, wird enteignet. Ihre Felder werden an internationale Investoren verkauft (Landgrabbing), die sie unter anderem für die Produktion von Agrotreibstoffen und zu Spekulationszwecken verwenden, nicht aber, um die malische Bevölkerung zu ernähren und den Menschen eine sinnvolle Arbeit zu geben. Das Oakland Institute liefert eine

detaillierte Auflistung großflächiger Landkäufe mit einem Gesamtvolumen von rund 550.000 Hektar, das entspricht zweimal der Fläche des Saarlands.¹

Der Neoliberalismus ist in der Praxis eine maßlose und zerstörerische Form des Wirtschaftens. Dem Profit wird alles geopfert, ihm werden auch die Menschenrechte untergeordnet. In Faléa, im Südwesten des Landes, wo Uran gefördert werden soll, wird dies besonders sichtbar. Die Kolonialmacht und später die Autoritäten des unabhängigen Mali haben diese gebirgige Gegend an der Grenze zum Senegal und zu Guinea immer vernachlässigt. Sie kann in der Regenzeit nicht mit dem Auto erreicht werden, weil die Flüsse zu viel Wasser führen und die wenigen Furten unpassierbar werden. Schulen, Gesundheitsversorgung, Information, Verkehrswege, Strom, Trinkwasser – Infrastruktur, für die der Staat verantwortlich wäre –, all das gibt es in dieser Gegend so gut wie nicht. Die Menschen leben von der Subsistenzlandwirtschaft, verkauft werden kann wenig, denn es fehlen die Transportmittel. Einige versuchen sich zu helfen, indem sie Gold, das sich hier nur wenige Meter unter der Erde befindet, abbauen. Dadurch vergiften sie sich und den Fluss Falémé: Um das Gold aus den Erden zu lösen, werden giftige Chemikalien wie Quecksilber und Zyanide verwendet. Reich

¹ Vgl. The Oakland Institute: Understanding land investment deals in Africa: country report Mali, Oakland 2011.

Hintergrund: Am 22. März 2012 setzten malische Militärs den amtierenden Präsidenten Amadou Toumani Touré ab. Im Norden des Landes nahm gut zwei Wochen später die Mouvement Nationale pour la Libération de l'Azawad (Nationale Bewegung für die Befreiung des Azawad, MNLA) in Zusammenarbeit mit anderen djihadistischen und separatistischen Milizen die wichtigsten Städte ein und zwang die malische Armee zum Rückzug. Die MNLA erklärte am 6. April 2012 den Norden des Landes für unabhängig. Wenig später verdrängten die djihadistischen Gruppen die MNLA und übernahmen die militärische Kontrolle über den Norden. Anfang Januar 2013 rücken djihadistische Milizen in Richtung Süden vor. Um zu verhindern, dass die Milizen die Hauptstadt Bamako erreichen und einnehmen, intervenierte die französische Armee. Zusammen mit der Armee Malis, Verbänden aus dem Tschad und einigen wenigen Truppen anderer westafrikanischer Länder übernahm sie die militärische Kontrolle im Norden. Am 7. Juli 2013 sollen Präsidentschaftswahlen durchgeführt werden.

werden diese GoldgräberInnen nicht. Reich werden andere, nämlich die, die das Gold kaufen. Das staatliche französische Nuklearunternehmen COGEMA (heute AREVA), das die Uranvorkommen auf dem Plateau von Faléa entdeckt hatte, verkaufte die Lizenz zur Erkundung dieser Region an die kanadische Firma Rockgate Capital Corporation. Die zum Zweck der Probebohrungen errichtete Infrastruktur wirkt wie eine Raumstation auf dem Mars. Rund um die Uhr wird hier gearbeitet, in der Nacht leuchtet das Camp der Prospektionsfirma – in den Dörfern der Umgebung gibt es keinen Strom. Wo gebohrt wird, entscheidet die Firma, ohne Rücksprache mit der Regierung, geschweige denn der Bevölkerung vor Ort: Wenn es das Raster will, wird direkt neben der Kochstelle des Dorfes gebohrt. Entsprechende Markierungen durchziehen die Landschaft. Hat die Firma Glück – sind die Gesteinsproben radioaktiv und verweisen auf das vorhandene Uran in der Erde. Dass die Radioaktivität für die Menschen, die hier arbeiten und leben, lebensgefährlich ist, dass sich der radioaktive Staub in den Siedlungen und auf den Feldern niedersetzt, dass die Atemluft kontaminiert ist, dass das viele Wasser, das bei den Bohrungen verwendet wird, das Trinkwasser verseucht, interessiert die kanadische Firma nicht. 2016 will Rockgate mit dem Uranabbau beginnen.

Aber die Menschen in Faléa leisten Widerstand. Mitte März 2012, wenige Tage vor dem Militärputsch, organisierte die Association des Ressortissants et des Amis de la Commune de Faléa (Verband der Einwohner und Freunde der Gemeinde Faléa) zusammen mit einer Vielzahl nationaler und internationaler Organisationen in Bamako eine Konferenz. Ein geladener Vertreter des Bergbauministeriums brachte die Haltung und das Selbstverständnis der Regierung auf den Punkt: Der Uranabbau sei die einzige Chance für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung der Region. Akzeptieren die Menschen in Faléa die Uranmine nicht, werden sie weiterhin eine vom Staat vernachlässigte und marginale Existenz führen. Die Position des Ministeriums macht deutlich, dass die Regierung nicht bereit ist, die Interessen der Bevölkerung gegenüber dieser zerstörerischen Form des Wirtschaftens zu vertreten – zu diesem Zeitpunkt, Frühjahr 2012, galt Mali wohlgermerkt noch als «demokratisches Musterland». Diese «Musterregierung» also stellt die Menschen von Faléa vor die Wahl: Tod,

Krankheiten, vor allem Lungenkrebs und strahlenbedingte Missbildungen ihrer Kinder – das sind die Folgen des Uranabbaus, wie es Beispiele aus aller Welt zeigen –, und eine zerstörte Umwelt, vielleicht auch ein paar Arbeitsplätze und leere Versprechungen, dass irgendwann ein gutes Krankenhaus gebaut wird, oder fortgesetzte Vernachlässigung und Marginalisierung. Dieser Staat ist nicht für seine BürgerInnen da, er ist für das internationale Kapital da, und er sagt dies ganz offen, ohne ein Blatt vor den Mund zu nehmen.

Das politische System ist ein Spiegelbild der ökonomischen Situation. Hier wie dort sind die Menschen, ist die Bevölkerung ausgeschlossen von der Beteiligung an Entscheidungsprozessen. Den Juroren des Labels «Musterdemokratie» reicht anscheinend das regelmäßige Stattfinden von Wahlen. Dass diese Wahlen seit 1991 nie mehr als 30 Prozent der Wahlberechtigten zur Beteiligung ermuntern konnten und Vorwürfe des Wahlbetruges nie ausgeräumt wurden, spielt für die Vergabe des Prädikats offenbar keine Rolle. Herausgekommen sind dabei immer Regime, die das Enteignungssystem neoliberalen Wirtschaftens vertiefen und sich selbst dabei bereichert haben. Der Staat wurde so zu einem Teil des Enteignungssystems, seine Einnahmen landeten über viele Formen von Korruption und Klientelwirtschaft auf den Schweizer Bankkonten der Führungsklasse. Für die Menschen war der Staat nicht da, von den Menschen gestaltet war er auch nicht und folglich auch nicht demokratisch. Wahlen suggerierten Demokratie, mehr nicht. Sie verliehen einem politischen System Legitimität, das die Menschen ihrer demokratischen Mitentscheidungsrechte enteignete und das ein wirtschaftliches System flankierte, das ihnen Ressourcen, Land und Einkommensmöglichkeiten wegnahm. Deshalb sind Wahlen, so wie sie im Juli 2013 durchgeführt werden sollen, kein Element einer Lösung, sondern Teil einer Strategie, die jene Herrschaftsstrukturen wiederherstellen soll, die vor dem Ausbrechen der Krise bestanden.

DER UNABHÄNGIGE STAAT «AZAWAD» IM NORDEN

So viel zu den Spielarten legaler Formen kapitalistischen Wirtschaftens. So viel zum Südwesten, gehen wir in den Nordosten, in das Gebiet, in dem die MNLA über einen französischen Fernsender den unabhängigen Staat «Azawad» ausgerufen hat. Die Region teilt mit Faléa die Abgelegenheit, die fehlende Infrastruktur, die unzureichende Gesundheitsversorgung, fehlende Schulen. Seit etwa 2003 entwickelte sich hier in massiven Wachstumsschüben das kriminelle Geschäft: Entführungen westlicher StaatsbürgerInnen und Drogenhandel. Der Handel mit Drogen, vor allem Kokain aus Lateinamerika für europäische Märkte, suchte sich seit 2008 Transportrouten durch Westafrika, wobei die Nordregion Malis als Umschlagplatz an Bedeutung gewann, weil hier Polizei und Staatsgewalt bereits wenig präsent waren.²

Milizen der Keltamasheq (Tuareg) sowie die ebenfalls den Norden Malis als «gesetzlose» Region schätzenden djihadistischen Gruppen wie «Al-Qaida im Islamischen Magreb» (AQMI) wurden durch Drogenhandel und Entführungen reich. Nutznießer der Gewinne aus diesen Geschäften ist aber auch eine beträchtliche Zahl von Funktionären aus dem Staatsapparat in Bamako. Als Beleg dafür, dass selbst Präsi-

² Vgl. Abderrahmane, Abdelkader: Drug Trafficking and the Crisis in Mali, Addis Ababa 2012.

dent Amadou Toumani Touré an den Entführungsgeschäften verdient hat, wird häufig angeführt, dass seine Frau in Paris mit Geldscheinen bezahlt habe, deren Herkunft aus Lösegeldzahlungen anhand der Seriennummern eindeutig nachgewiesen werden konnte.

Die AQMI entstand offiziell im Januar 2007, als sich die Salafisten-Gruppe für Predigt und Kampf (GSPC), die im algerischen Bürgerkrieg gekämpft hatte und 2003 mit einer erfolgreichen Entführung europäischer Touristen wieder aktiv geworden war, Al-Qaida durch eine einseitige Erklärung anschloss und entsprechend umbenannte. 2008 wurde deutlich, dass ihr Versuch, sich im Maghreb zu etablieren, nur Teilerfolge zeitigte. Die AQMI verlagerte ihre Aktivitäten nach Mali, Mauretanien und Niger. Zur Strategie der AQMI gehören Allianzen mit lokalen Autoritäten und Führungspersonen, was dazu geführt hat, dass die Gruppierung inzwischen eine gewisse Verankerung im Norden Malis und eine Art «Immunität» genießt. Mittlerweile haben sich der AQMI auch Milizionäre aus dem Norden Malis angeschlossen, die Führung bleibt aber bis heute maßgeblich algerisch. Bei der AQMI mischt sich Djihadismus mit kommerzieller Kriminalität. Geiselnahmen zur Lösegelderpressung, Autoschmuggel, Drogenhandel, Geld- und Produktpiraterie und Benzinschmuggel prägen zusammen mit politischen und religiösen Parolen ihr Aktions- und Erscheinungsbild. Dies hat auch Auswirkungen auf ihre innere Struktur: Materielle Anreize für die Loyalität ihrer Gruppen und Kämpfer gewinnen gegenüber der ideologischen Botschaft an Bedeutung.³

Die MNLA, die sich 2011 in Zakak, einer Basis der Rebellen, gegründet hat, ist ein sehr heterogener und loser Zusammenschluss verschiedener Milizen. Militärische Stärke erlangte die MNLA erst durch die Aufnahme eines Großteils der mit Waffenmaterial aus Libyen zurückkehrenden Söldner der libyschen Truppen. So konnten erste Städte im Norden Malis eingenommen werden.

Von Frankreich wird die MNLA als Kraft gegen die AQMI wahrgenommen. Die Tatsache der aktuellen Zusammenarbeit Frankreichs mit der MNLA nach der militärischen Intervention im Januar dieses Jahres ist ein Indiz dafür, dass es umfassende Kontakte bereits seit Beginn des Jahres 2012 und gegebenenfalls sogar schon entsprechende Vereinbarungen gegeben hat. Bei der Rückeroberung Kidals von der islamistischen Bewegung Ansar el-Eddine arbeiteten die französischen Militärs mit der MNLA zusammen und untersagten der malischen Armee die Beteiligung.

AUSLÄNDISCHE MÄCHTE

Die Emire von Katar gelten als wichtige Finanzgeber der djihadistischen Gruppen in Nordmali. Warum das? Einerseits geht es den Emiren von Katar um die Verbreitung ihres politischen Modells der diktatorischen Herrschaft von Emiren, religiös legitimiert durch den sunnitischen Islam. Andererseits aber gibt es handfeste ökonomische Interessen, denn für die Erdgasvorkommen im Norden Malis verfügt Katar über die notwendigen Extraktionstechnologien. Es ist auch an den vorhandenen Gold-, Uran- und Ölvorkommen interessiert.⁴

Als einziger Staat der Europäischen Union hat Frankreich manifeste Interessen in Mali. Politische Instabilität und Djihadismus sind für Frankreich nur dann ein Problem, wenn die 6.000 französischen StaatsbürgerInnen in Mali oder die 80.000 französischen StaatsbürgerInnen in Westafrika gefährdet sind. Für Frankreich spielt die Sicherung des Zugangs zu den Uranvorkommen die Hauptrolle, denn 80 Pro-

zent des Stroms werden in Frankreich nuklear erzeugt. Wenn es also kein Uran mehr hat, gehen in Frankreich die Lichter aus. Und wenn es ums Uran geht, dann spielen auch Menschenrechte keine Rolle mehr. Es ist problematisch, Gräueltaten gegeneinander aufzuwiegen, aber die missgebildeten Kinder, die tödlichen Krankheiten, vor allem viele Formen von Krebs im Umfeld der Uranminen, sind nicht geringer einzu- stufen als die Verstümmelung von Gliedmaßen im Namen einer vermeintlich religiös gebotenen, menschenunwürdigen Rechtsauffassung. Gerade Frankreich, das im Nachbarland Niger für Tote, Krankheiten und Verstümmelungen als Folgen des Uranabbaus verantwortlich ist, hat keine höhere moralische Integrität als die von ihm aus den Städten des Nordens verdrängten Djihadisten.

Andere Beispiele (Zentralafrikanische Republik, Demokratische Republik Kongo) zeigen, dass für an Rohstoffen interessierte Konzerne und Staaten die politische Stabilität im Lieferland keineswegs unabdingbar ist, vielmehr kann politische Instabilität für die Ausbeutung sogar bessere Rahmenbedingungen schaffen. Dies scheint auch in Mali der Fall zu sein. Das erklärt die französische Zusammenarbeit mit der MNLA. Unter dem Druck Frankreichs wurde auch El Hadj Gamou abberufen. Er ist ein erklärter Feind der MNLA und vom militärischen Rang Oberst, wobei er eher eine eigenständige Miliz führte denn eine Einheit der malischen Armee. Gerade weil Instabilität nicht unwillkommen ist, liegt die inzwischen von der MNLA geforderte, weitgehende Autonomie des Nordens durchaus auch im Interesse Frankreichs. Auch dort gibt es Uranvorkommen, zudem Gold, Erdöl und Erdgas.

OPTIONEN LINKER REALPOLITIK BEZÜGLICH MALI

Wenn jemand mit dem Feuer spielt und Brände legt, dann ist das zu verurteilen. Auch wenn der Brandstifter danach die Ausweitung des Brandes in Grenzen zu halten versucht. Das Agieren Frankreichs vor und nach seiner Intervention kann man nicht unterstützen. Denn im Kern soll es nach der Intervention so weitergehen wie zuvor. Das Ziel ist eine möglichst schnelle Wiederherstellung des bisherigen politischen Systems und für den Norden eine Lösung, die aus der selektiven Zusammenarbeit mit bestimmten Milizen und insbesondere der MNLA entstehen wird. Wie nach dem Vertrag von Algier⁵ wird die Souveränität des malischen Staates über den Norden eingeschränkt bleiben. Wenn es um eine stärkere Kontrolle des in den letzten Jahren quasi rechtsfreien Raums im Norden gehen sollte, so wird dies ein langfristiges militärisches Engagement aus dem Ausland erfordern. Anders gesagt, der Norden müsste Besatzungsgebiet bleiben. Die AQMI und andere Hybride aus djihadistischen Organisationen und Drogenkartellen werden dies nicht kampfflos zulassen. Eine entsprechende, dem Handeln djihadistischer Gruppen in Afghanistan ähnliche Strategie setzen sie bereits um: Rückzug in die Dörfer und entlegene Basen mit gelegentlichen Angriffen auf die Zivilbevölkerung der Städte und andere terroristische Aktionen.

³ Ould Mohamedou, Mohammad-Mahmoud: Die vielen Gesichter der al-Qaida im islamischen Maghreb, Genfer Zentrum für Sicherheitspolitik (GCSP) Policy Paper no 15, Genf 2011; Lacher, Wolfram/Tull, Denis M: Mali: Jenseits von Terrorismusbekämpfung. SWP-Aktuell, Berlin 2013, S. 2. ⁴ N'Diaye, Issa: Au nom de la Charia, des trafics de Drogue et d'Otages, du Pétrole, de l'Uranium et du Saint Profit, Ainsi sont-ils ! La guerre des fous d'Allah et des fous du Capital contre les peuples du Mali, d'Afrique et du Monde, Bamako 2013. ⁵ Nach der Rebellion in der Region Kidal im Jahr 2006 unterzeichneter Vertrag zwischen den Rebellen und der malischen Regierung.

Kurz: Die mit der französischen Intervention eingeleitete Lösungsstrategie ist keine. Sie führt zur Verstärkung der Unsicherheit und Gewalt im Norden sowie der politischen Instabilität im Süden. Dennoch verfolgen die Übergangsregierung sowie sicherlich auch die im Juli 2013 zu wählende neue Regierung Malis diese Strategie. Sie können es als von der Neokolonialmacht abhängende politische Akteure auch kaum wagen, anders zu agieren.

Es müsste etwas an den grundlegenden Ursachen der Krise in Mali geändert werden, nicht nur um eine nachhaltige Lösung in Mali zu ermöglichen. Viele andere Staaten Westafrikas sind aufgrund ähnlicher Faktoren latent in der Krise, die jederzeit akut werden kann. Insbesondere wären die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für Mali zu ändern. Im Rahmen der Gestaltung internationaler Handelsabkommen und der Politik von IWF und Weltbank muss Spielraum bleiben für a) Ausfuhrsteuern auf unverarbeitete Rohstoffe, b) Einfuhrsteuern zum Schutz heimischer Industrien, c) eine Bergbaugesetzgebung im Interesse des Landes und seiner Bevölkerung, d) eine eigenständige und nicht von Frankreich kontrollierte Währung, e) eine Beendigung des *landgrabbing* und f) für die finanzielle Förderung einer ökologischen, kleinbäuerlich und genossenschaftlich organisierten Landwirtschaft, die auf gentechnologisches Saatgut verzichtet. Dringlich ist auch ein weltweites Verbot der Uranförderung, denn Uran hinterlässt von seiner Förderung über seine Verarbeitung und seinen Transport bis hin zu seiner Nutzung für Energie und Waffen nichts anderes als eine Spur des Todes. Seine nützlichen Verwendungsgebiete sind demgegenüber marginal.

Zu den internationalen Ursachen der Krise zählen auch der internationale Drogenhandel und Waffenschmuggel, die zu einer wichtigen Finanzquelle djihadistischer Gruppen geworden sind. Noch lange sind nicht alle Möglichkeiten ausgeschöpft, diese international zu bekämpfen. Insbesondere wirksame zivile Maßnahmen werden nicht ergriffen, wie ein Schließen von «Steuerparadiesen» und das Erschweren der Geldwäsche.

Ernst zu nehmende WissenschaftlerInnen betonen die Rolle des CIA bei der Entstehung und Verbreitung des internationalen Drogenhandels.⁶ Es geht daher auch um die Öffnung ihrer Archive und damit letztendlich um die Abschaffung der Geheimdienste. Denn wie dem CIA vorgeworfen wird, den Drogenhandel gefördert zu haben, so wird den französischen und algerischen Geheimdiensten vorgeworfen, an der Entstehung der salafistischen Gruppen und damit schließlich auch der AQMI beteiligt gewesen zu sein. In diese Zusammenhänge muss Licht gebracht werden. So viel Transparenz muss sein, wenn man die politische Behauptung ernst nehmen soll, Krieg sei die Ultima Ratio.

Katar und andere Petromonarchien müssen mit Sanktionen belegt werden, wenn ausreichend nachgewiesen ist, dass sie djihadistische Gruppen unterstützen. Diese Staaten sind wirksam durch Wirtschaftsboykotte zu schwächen und zwar durch solche, die vor allem die herrschenden Emire – und nicht die Zivilbevölkerung – treffen. Allein schon ein Stopp der Waffenexporte nach Katar wäre eine wirksame Sanktion. Wahrscheinlich unterstützen die Petromonarchien den internationalen Terrorismus stärker als der Iran und müssten folglich schärfer gemäßregelt werden.

Gegen Rohstoffkonzerne und ihre Führungspersonen, die Krisensituationen herbeiführen oder ausnutzen, muss rechtlich vorgegangen werden können. Nicht nur Charles Taylor⁷

sollte vor Gericht stehen, sondern die Geschäftsleute im Diamantenhandel, mit denen er zusammengearbeitet hat. In einem frühen Kommuniqué behauptete die MNLA, sie habe bereits Konzessionen zur Ausbeutung von Rohstoffen im von ihnen Azawad genannten Gebiet vergeben. Konzerne, die mit lokalen und nicht legitimierten Milizen zusammenarbeiten – wie in der Demokratischen Republik Kongo –, um Zugang zu Rohstoffen zu haben, müssen vor internationalen Strafgerichten verurteilt werden können. Das betrifft ihre Direktoren als natürliche Personen ebenso wie die Unternehmen als juristische Personen.

Anstatt das alte Regime durch Wahlen und etabliertes Führungspersonal faktisch zu reinstallieren, muss in Mali der Staat neu und demokratisch fundiert werden. Ein breit angelegter Konsultationsprozess mit einer souveränen Nationalkonferenz im Zentrum, in der alle wichtigen gesellschaftlichen Gruppen vertreten sind, muss stattfinden. Ein solcher Prozess sollte auch von außen gefördert werden. Erfahrungen aus den frühen 1990er Jahren in Mali selbst und in anderen Staaten Afrikas zeigen, dass so eine höhere Legitimität der vereinbarten politischen Strukturen erzielt wird als durch das simple Abhalten von Wahlen.

Wer militärische Konfliktlösungen befürwortet oder toleriert, behauptet stets, die zivilen Möglichkeiten der Konfliktlösung seien erschöpft und als Ultima Ratio müssten die Waffen sprechen. Werden aber die entsprechenden Konflikte näher analysiert, stellt sich genau das Gegenteil heraus: Die militärische Konfliktlösung ist die schnelle und einfache, also die Prima Ratio. Zudem werden ihr Lösungspotenziale zugesprochen, die sie meist gar nicht besitzt. In zu vielen Fällen löst sie gar nichts, sondern verschärft die schon vorhandenen Problemlagen noch durch Kriegsfolgen wie Hunger, Armut, Instabilität und Gewaltakzeptanz.

Fakt ist, dass die Vielfalt der möglichen zivilen Ansätze einer Konfliktlösung oder Verringerung der humanitären Kosten eines Konflikts nicht aufgegriffen werden, weil sie bestehende Herrschafts- und Ausbeutungsstrukturen infrage stellen würden. Auch mögen es die Kosten sein, die alternative Ansätze bei uns im «Norden» verursachen würden, die einem Umdenken im Weg stehen. Die militärische Konfliktlösung erscheint jedenfalls nur dann als unvermeidlich, wenn die Sicht auf die Optionen internationaler Politik allein eine militärstrategische ist.

Claus-Dieter König ist Politologe und Leiter des Regionalbüros Westafrika der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Dakar/Senegal.

⁶ Vgl. McCoy, Alfred: *The Politics of Heroin: CIA Complicity in the Global Drug Trade*, Afghanistan, Southeast Asia, Central America, Chicago 2003. ⁷ Ehemaliger Präsident Liberias, 2012 von einem Sondergerichtshof wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen schuldig gesprochen.

IMPRESSUM

STANDPUNKTE international wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung und erscheint unregelmäßig
V. i. S. d. P.: Henning Heine
Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · www.rosalux.de
ISSN 1867-3163 (Print), ISSN 1867-3171 (Internet)
Redaktionsschluss: Mai 2013
Lektorat: TEXT-ARBEIT, Berlin
Satz/Herstellung: MediaService GmbH Druck und Kommunikation
Gedruckt auf Circleoffset Premium White, 100% Recycling